

Rechtsticker Nahverkehr

+++aktuelle Urteile+++neue Vorschriften+++Vergaben+++

Keine einseitige Anpassung der Stationspreise

Das LG Berlin hat am 10.02.2010 (100 O 91/08) eine Vertragsklausel der DB Station & Service AG für unwirksam erklärt, mit der diese einseitig die Stationspreise anpassen konnte.

Im Streit stand ein Vertrag der DB Station & Service AG mit einem Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) über die Nutzung von Bahnhöfen. In einer Klausel dieses Vertrages hatte sich die DB Station & Service AG einseitig eine Anpassung ihrer Stationspreise vorbehalten. Als sie später höhere Stationspreise verlangte, zahlte das EVU die Preisdifferenz nicht. Darauf machte sie die Mehrkosten klageweise geltend.

Das LG Berlin hat diese Klausel nun für unwirksam erklärt. Denn sie benachteilige das EVU unangemessen, da sie nicht hinreichend klar formuliert sei. Sie nenne auch kein Kriterium, aus dem sich die sachlichen Voraussetzungen und der zulässige Umfang einer einseitigen Preisänderung ergeben könnten.

Die DB Station & Service AG hatte sich mit dem Argument verteidigt, eine solche zivilrechtliche Inhaltskontrolle sei wegen des Vorrangs des Eisenbahnrechts nicht möglich. Dem ist das LG Berlin nun entgegen getreten. In einer früheren Entscheidung (Urteil vom 14.05.2009 – 93 O 47/08, noch nicht rechtskräftig) hatte es noch vertreten, die eisenbahnrechtliche Prüfung gehe vor.

Kein Anspruch auf Höchstdauer einer Genehmigung

Busunternehmer haben nach dem VG Karlsruhe keinen Anspruch darauf, dass



Dr. Ute Jasper

Dr. Jan Seidel

HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK
Düsseldorf

sie eine Liniengenehmigung für die Höchstdauer von acht Jahren erhalten (Urteile vom 09.02.2010 – 8 K 1037/09 und 8 K 1038/09).

Im entschiedenen Fall hatte die Genehmigungsbehörde die Wiederteilung von Genehmigungen auf ungefähr drei Jahre befristet. Die Befristung erfolgte, um die betroffenen Linien anschließend mit weiteren Linien bündeln zu können. Hiergegen wandten sich die Genehmigungsinhaber und beriefen sich auf die Höchstdauer für Genehmigungen von acht Jahren. Die Genehmigungsbehörde habe ihre wirtschaftlichen Interessen bei der Befristung nicht ausreichend gewürdigt.

Dies hat das VG Karlsruhe nun zurückgewiesen. Nach seiner Ansicht stellt die Höchstdauer eine Ausnahme dar, auf die ein Busunternehmer keinen Anspruch hat. Zudem kann eine Befristung nicht ermessensfehlerhaft sein, weil die Entscheidung über die Dauer einer Genehmigung keine Ermessensentscheidung ist. Hierbei sind nur die öffentlichen Verkehrsinteressen zu berücksichtigen, die wirtschaftlichen Interessen

der Unternehmer sind nachgeordnet. Das Gericht sah die beabsichtigte spätere Linienbündelung als ausreichenden Grund für die Befristung an.

Keine Rechtsberatung für Netztochter

Die Rechtsabteilung der Deutsche Bahn AG darf die Konzerntochter DB Netz AG nicht juristisch beraten. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bestätigte am 18.05.2010 (3 C 21.09) eine entsprechende Untersagung.

Die DB Netz AG verfügte selbst über keine eigene Rechtsabteilung. Sie hatte sich in Fragen des Netzfahrplans, der Trassenzuweisung und der Wegeentgelte von Juristen der Muttergesellschaft beraten lassen und. Dies wurde ihr auf eine Beschwerde privater EVUs vom Eisenbahnbundesamt (EBA) untersagt.

Zu Recht, wie nun das BVerwG entschieden hat. Das EU-Recht fordert die Unabhängigkeit von Schienennetzbetreibern. Dies verbietet zwar nicht ihre konzernrechtliche Verbindung mit einem EVU. Sie müssen jedoch in ihren Entscheidungen unabhängig sein. Hierfür reicht nicht aus, dass diese Entscheidungen von einem eigenen Vorstand getroffen werden. Bereits in der Vorbereitung der Entscheidungen muss jede Einflussnahme des Mutterkonzerns ausgeschlossen sein. Da die Konzernjuristen Arbeitnehmer der Deutsche Bahn AG sind und deren Weisungen unterliegen, war dies im entschiedenen Fall jedoch nicht möglich.